

Stadtverordnetenbüro  
Auskunft erteilt: Frau Allamode  
Berliner Platz 1, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1032  
Telefax: 0641 306-2033  
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 10.11.2011

## **N i e d e r s c h r i f t**

der 5. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familie, Jugend,  
Frauen, Integration und Sport  
am Mittwoch, dem 02.11.2011,  
im Stadtverordnetensitzungssaal, Rathaus, Berliner Platz 1, 35390 Gießen.  
Sitzungsdauer: 19:00 - 22:19 Uhr

### **Anwesend:**

#### **Stadtverordnete der SPD-Fraktion:**

Frau Inge Bietz

Herr Rolf Krieger

Herr Zeynal Sahin

Herr Frank Walter Schmidt

**Ausschussvorsitzender**

#### **Stadtverordnete der CDU-Fraktion:**

Herr Jürgen Becker

Herr Dieter Kräske

Frau Julia-Christina Sator

(bis 22:10 Uhr)

#### **Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:**

Herr Gerhard Greilich

Frau Ewa Wenig

#### **Stadtverordnete der FW-Fraktion:**

Frau Elke Victor

(bis 22:10 Uhr)

### **Außerdem:**

Herr Martin Schlicksupp

Herr Klaus-Dieter Grothe

Frau Dr. Bettina Speiser

Herr Dr. Klaus Dieter Greilich

Herr Jonas Ahlgrimm

Herr Christian Oechler

CDU-Fraktion

Fraktion B'90/Die Grünen

Fraktion B'90/Die Grünen

FDP-Fraktion

Die Linke.Fraktion

Piraten-Fraktion

(bis 22:15 Uhr)

(bis 20:50 Uhr)

(bis 22:12 Uhr)

(bis 22:12 Uhr)

**Vom Magistrat:**

Frau Dietlind Grabe-Bolz	Oberbürgermeisterin	
Frau Gerda Weigel-Greilich	Bürgermeisterin	(bis 20:30 Uhr)
Frau Astrid Eibelshäuser	Stadträtin	
Herr Wolfgang Sahmland	Stadtrat	

**Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:**

Frau Andrea Allamode	Stellv. Schriftführerin
----------------------	-------------------------

**Gäste/Sachverständige:**

Herr Volker Behnecke	Geschäftsführer Wohnbau Gießen GmbH	(bis 21:15 Uhr)
Herr Lothar Döhler	Geschäftsführer Baugenossenschaft 1894 eG	(bis 21:15 Uhr)
Herr Wolfgang Dölle	Wohnbau Gießen GmbH	(bis 21:15 Uhr)
Herr Stefan Kaisers	Vorsitzender Mieterverein	(bis 21:15 Uhr)
Herr Matthias Knoche	Prokurist GeWoBau	(bis 21:15 Uhr)
Frau Marita Seibert	Leiterin Fachdienst Soziales Landkreis Gießen	(bis 21:15 Uhr)
Herr Peter Sommer	Vorsitzender Mieterrat der Wohnbau Gießen GmbH	(bis 21:15 Uhr)
Frau Christine Wagener	Vorsitzende Haus- Wohnungs- und Grundeigentümergeverein e.V.	(bis 21:15 Uhr)

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung und die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben. Somit ist die Tagesordnung in der vorliegenden Form beschlossen.

**Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung:**

1. Bürger/-innenfragestunde
2. Anhörung sozialer Wohnungsbau
3. Vorschlag der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen zur Berufung von 3 Stadtverordneten und deren persönlichen Stellvertretern/innen durch den Magistrat für den Verwaltungsausschuss des Jugendbildungswerkes  
- Antrag des Magistrats vom 20.09.2011 - STV/0383/2011
4. Wahl der Mitglieder zum Seniorenbeirat der Universitätsstadt Gießen  
- Antrag des Magistrats vom 17.10.2011 - STV/0432/2011

- |    |   |               |
|----|---|---------------|
| 5. | Gleichstellungsbeauftragte/r<br>- Antrag der FDP-Fraktion vom 22.10.2011 -  | STV/0453/2011 |
| 6. | Jetziger Stand der Entwicklung Gießener Kitas zu<br>Familienzentren<br>- Antrag der CDU-Fraktion vom 25.10.2011 -               | STV/0454/2011 |
| 7. | Bericht zur geänderten Satzung über die Erhebung von<br>Abgaben für Spielapparate<br>- Antrag der CDU-Fraktion vom 12.09.2011 - | STV/0471/2011 |
| 8. | Verschiedenes   |               |

### Abwicklung der Tagesordnung:

#### Öffentliche Sitzung:

##### 1. Bürger/-innenfragestunde

---

Es liegen keine Fragen vor.

##### 2. Anhörung sozialer Wohnungsbau

---

**Vorsitzender** führt aus, dass nach Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 16.12.2010 die Anhörung von sachverständigen Personen zum Thema Soziales Wohnen im Rahmen dieser Sitzung stattfindet. Nach § 23 Abs. 4 der Geschäftsordnung entscheide der Ausschuss über die Hinzuziehung von sachkundigen Personen, Sachverständigen und Vertreterinnen/Vertreter von betroffenen Bevölkerungsgruppen zu seinen Beratungen.

**Vorsitzender** stellt fest, dass gegen die Hinzuziehung von sachkundigen Personen niemand widerspricht. Nachfolgend bittet er die Sachverständigen nacheinander - beginnend mit Herrn Skib -, ihre Statements abzugeben.

In seiner Funktion als Vorsitzender des Gutachterausschusses für Immobilienwerte für den Bereich der Universitätsstadt Gießen berichtet **Herr Skib** kurz über die allgemeinen Verhältnisse des Immobilienmarktes in Gießen. Er bescheinigt der Stadt Gießen eine Ausgewogenheit des Immobilienmarktes. Die Verhältnisse entsprechen denen vergleichbarer Städte in Hessen.

**Frau Seibert** (Leiterin des Fachdienstes Soziales von der Kreisverwaltung Gießen) führt aus, es bestehe ein gravierender Mangel an Kleinwohnungen in Gießen. Vor allem bei Studierenden und Alleinstehenden im Leistungsbezug, die

also Unterstützung nach dem Sozialgesetzbuch erhalten, stehen kleine Wohnungen von 45 m<sup>2</sup> hoch im Kurs. Aus Sicht des Kreises als Kostenträger seien kleine Wohnungen nicht zuletzt aus finanziellen Gründen, aber auch bei der Frage Altenhilfeplanung attraktiv.

**Frau Wagener** (Vorsitzende des Vereins der Haus- und Grundbesitzer) merkt an, dass sich durchaus viele Vermieter vorstellen könnten, an sozial Schwächere zu vermieten, wenn die Zahlungen der Miete gewährleistet werden. Zudem sei es bei der Gewährung von Transferleistungen sinnvoller, die Kaltmiete (Nettomiete) mit den Heizkosten zusammen als Bruttomiete und nicht nur die Kaltmiete zum Maßstab zu machen, da in aller Regel die Heizkosten zu 100 % vom Transfergeber übernommen werden. So könnten auch energetisch sanierte Wohnungen mit geringen Heizkosten von Beziehern niedrigen Einkommens angemietet werden.

**Herr Dölle** (Wohnbau Gießen GmbH) informiert, dass es derzeit 41.000 Wohnungen in Gießen gebe, wobei der Anteil der sozial gebundenen Einheiten sich nach unten reguliere. Aktuell werden 2.800 Wohnungen öffentlich gefördert, der größte Anteil (2.358 Wohnungen) befindet sich im Eigentum der Wohnbau. In Bezug auf die besonders gefragten Kleinwohnungen merkt Herr Dölle an, dass rund ein Viertel des Bestandes der Wohnbau kleine Einheiten seien. Zur Zeit seien in Gießen bis zu 1.300 Menschen auf Wohnungssuche, rund 1.000 davon haben sich bei der Wohnbau für eine Wohnung beworben. Von den Mietern bewohnten 400 Studierende eine Wohnbau-Wohnung. Zum Thema „Einhaltung des Klimaschutzes“ räumt er ein, dass die Einhaltung dessen dazu führen werde, dass die Wohnbau nicht mehr billig bauen könne. Gießen werde sich in den kommenden Jahren auf die Sanierung des Bestandes zu konzentrieren haben. Angesichts der Kostenregelung plädiert er für eine andere Betrachtungsweise.

**Herr Behnecke** (Geschäftsführer der Wohnbau Gießen GmbH) erläutert die Grundlage, auf der die Wohnbau Gießen GmbH agiere. 2002 habe die damalige Stadtregierung beschlossen, den sozialen Wohnungs-bau nicht mehr zu fördern. Mit 7.100 Wohnungen ist die Wohnbau am Markt vertreten - neben anderen Anbietern. Die Abschlüsse der GmbH müssen ausgeglichen sein, so Behnecke. Das Stammkapital werde in „angemessener Höhe“ mit drei Prozent verzinst. Das Hauptaugenmerk liege - und hier schließt er sich der Aussage von Herrn Dölle an auf der Sanierung des Altbestandes. Er teilt mit, dass bereits 80 % der Wohnungen saniert seien. Wenn saniert werde, dann immer auch energetisch. Er betont, dass die Wohnbau sowohl bei preisgebundenen (4,31 € pro m<sup>2</sup>) als auch bei nicht preisgebundenen (4,43 € pro m<sup>2</sup>) Einheiten rund ein Euro unter den Gießener Durchschnittsmieten liege.

Für die Baugenossenschaft 1894 eG informiert **Herr Döhler** (Geschäftsführer),

dass die Baugenossenschaft mit 600 Einheiten auf dem Wohnungsmarkt in Gießen vertreten sei. Davon befinden sich 46 in der Sozialbindung. Die Mietanpassung nach Sanierungsmaßnahmen erfolge „Stück für Stück“.

**Herr Kaisers** (Vorsitzender des Mietervereins) sieht die Wohnungsmarktlage in Gießen kritisch, sie sei für Menschen mit kleinem Einkommen nicht entspannt. Er fordert eine Neubautätigkeit der Stadt Gießen. Zudem solle die Stadt die Wohnbau aus der Abführung ihrer Gewinnmittel entlassen. Darüber hinaus müsse die Bewilligungsgrenze für den Anspruch auf eine Sozialwohnung erhöht werden.

**Herr Knoche** (sachkundige Person von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) spricht in seinem Statement von „keinen großen sozialen Problemen“ im Bezug auf die Wohnungssituation in Gießen.

**Herr Sommer** (Vorsitzender des Mieterrates der Wohnbau GmbH) befürchtet eine drastische Mieterhöhung infolge energetischer Sanierungsmaßnahmen, wie sie die Novelle der Energieeinsparverordnung 2012 vorsehen. Bei der ab 2012 geltenden Regelung soll nach dem Willen des Bundes das Anforderungsniveau zum Energiesparen noch einmal um 30 Prozent angehoben werden. Er fordert eine energetische Sanierung „mit einem moderaten Mietpreis“. Eine Anhebung auf Passivhausstandard lehnt er ab. Menschen mit geringem Einkommen können sich solche Wohnungen einfach nicht leisten.

**Vorsitzender** bedankt sich bei den Damen und Herren für die gemachten Ausführungen. Die im Anschluss gestellten Fragen der Stadtverordneten werden von den sachkundigen Gästen ausführlich beantwortet.

**Die Sitzung wird von 21:17 Uhr bis 21:27 Uhr für eine Pause unterbrochen.**

3. **Vorschlag der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen zur Berufung von 3 Stadtverordneten und deren persönlichen Stellvertretern/innen durch den Magistrat für den Verwaltungsausschuss des Jugendbildungswerkes** **STV/0383/2011**  
**- Antrag des Magistrats vom 20.09.2011 -**
- 

**Antrag:**

„Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen schlägt folgende Stadtverordnete und deren persönliche Stellvertreter/innen zur Berufung durch den Magistrat für den Verwaltungsausschuss des Jugendbildungswerkes vor:

stimmberechtigte Mitglieder

Stellvertreter/innen

- 1.
- 2.
- 3.

Nachrücker/innen

**Folgende Vertreter werden von den Fraktionen benannt:**

<b>Stimmberechtigte Mitglieder</b>	<b>Stellvertreter/innen</b>
1. Frank Schmidt	Herr Zeynal Sahin
2. Lea Greilich	Maren Kolkhorst
3. Julia Christina Sator	Dieter Kräske

**Nachrücker/innen**

Nina Heidt-Sommer	Gerhard Merz
Maren Kolkhorst	Ewa Wenig
Martin Schlicksupp	

**Beratungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt.

**4. Wahl der Mitglieder zum Seniorenbeirat der Universitätsstadt Gießen** **STV/0432/2011**  
**- Antrag des Magistrats vom 17.10.2011 -**

---

**Antrag:**

„In den Seniorenbeirat der Universitätsstadt Gießen werden gewählt:

1. vier Vertreterinnen und Vertreter der freien Träger der Altenhilfe auf Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände (siehe Anlage 2).
2. zwölf sachkundige Bürgerinnen und Bürger als Vertreterinnen und Vertreter der Gruppe der älteren Menschen, die das 55. Lebensjahr vollendet haben sollen. Diese werden auf Vorschlag der in der Altenhilfe und Altenarbeit tätigen Verbände, Vereine und Gruppen gewählt (siehe Anlage 2).“

**Beratungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt.

**5. Gleichstellungsbeauftragte/r** **STV/0453/2011**  
**- Antrag der FDP-Fraktion vom 22.10.2011 -**

---

**Antrag:**

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird beauftragt bei externer Ausschreibung der Stelle einer/eines Gleichstellungsbeauftragten sowohl Bewerbungen von Frauen als auch von Männern zuzulassen und die Auswahl der /des Gleichstellungsbeauftragten ausschließlich nach persönlicher und fachlicher Qualifikation vorzunehmen.“

**Herr Dr. Greilich** begründet für die FDP-Fraktion den Antrag. Unter anderem

führt er aus, dass „ganzheitliche Antworten“ auf Probleme gefragt seien. Nicht nur Frauen, auch viele andere gesellschaftliche Gruppen seien benachteiligt. Man solle keine „Diskussionen aus dem letzten Jahrtausend“ mehr führen. Schließlich habe Gießen inzwischen drei Dezernentinnen und sei daher in einer Gießener Tageszeitung als „Hauptstadt Amazoniens“ bezeichnet worden.

**Stv. Greilich**, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, entgegnet, allein das die rein weibliche hauptamtliche Magistratsbank eine Erwähnung wert sei, zeige doch, dass Frauen nach wie vor benachteiligt seien.

**Stv. Bietz**, SPD-Fraktion, betont, dass die Beauftragte nicht nur für die Stadtverwaltung zuständig sein werde. Das Bundesgleichstellungsgesetz, auf das sich im FDP-Antrag bezogen werde, gelte nur für dem Bund nachgeordnete Behörden. Die hier entscheidenden hessischen Gesetze sähen eine Frau für die Stelle vor.

**Beratungsergebnis:** Einstimmig abgelehnt (Nein: SPD, GR, FW; StE: CDU).

**6. Jetziger Stand der Entwicklung Gießener Kitas zu Familienzentren** **STV/0454/2011**  
**- Antrag der CDU-Fraktion vom 25.10.2011 -**

---

**Antrag:**

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird beauftragt, über den derzeitigen Stand der Entwicklung der Gießener Kindertagesstätten zu Familienzentren zu berichten und folgende Fragen zu beantworten.

1. Welche Kitas werden schon jetzt als Familienzentren geführt?
2. Welche zusätzlichen personellen und finanziellen Mittel erhalten diese Kitas?
3. In welchen weiteren Kitas wurden im letzten Jahr welche Schritte unternommen um Familienzentrum zu werden?
4. In welchen dieser Kitas wird die Mindestverordnung erfüllt?
5. In welcher Weise werden diese Kitas in ihrer Entwicklung zum Familienzentrum unterstützt?“

**Beratungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt.

**7. Bericht zur geänderten Satzung über die Erhebung von Abgaben für Spielapparate** **STV/0471/2011**  
**- Antrag der CDU-Fraktion vom 12.09.2011 -**

---

**Antrag:**

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird beauftragt zu berichten, ob und in

welcher Weise die durch die Anhebung der o. a. Abgaben zusätzlich erzielten finanziellen Mittel der Suchtprävention zur Verfügung gestellt werden sollen. Des Weiteren wird der Magistrat gebeten, der Stadtverordnetenversammlung unverzüglich Bericht zu erstatten, wenn sich die gesetzlichen Vorgaben bezüglich der Spielapparatesteuer ändern.“

**Beratungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt.

## 8. Verschiedenes

---

- **Stv. Janitzki**, Fraktion LB/BLG, spricht sich dafür aus, in der nächsten Sozialausschusssitzung eine Auswertung über die Erkenntnisse, die man heute in der Sitzung zum Thema Sozialer Wohnungsbau gewonnen habe, vorzunehmen.

Dem widersprechen die Stv. Bietz, Greilich, Becker und Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz.

- **Vorsitzender** informiert, dass an ihn der Wunsch herangetragen wurde, dass zum nächsten Termin - 30.11.2011 - eine gemeinsame Sozialausschusssitzung von Stadt und Landkreis Gießen stattfindet und zwar im städtischen Stadtverordnetensitzungssaal.

**Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz** schlägt vor, dass der gemeinsame Tagesordnungspunkt die Vorstellung des Konzeptes des Hospizvereins sein könne. Der Verein habe den Wunsch geäußert, sein Konzept nochmals vorzustellen.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

- Weiter teilt **Vorsitzender** mit, dass die Besichtigung der Tagespflegestätte der AWO in Kleinlinden vor der Sozialausschusssitzung am 08.02.2012 stattfinden werde. Im Anschluss an die Besichtigung werde der Sozialausschuss seine Sitzung in den Räumlichkeiten der AWO durchführen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der **Vorsitzende** die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

**DER VORSITZENDE:**

(gez.) K r i e g e r

**DIE STELLV. SCHRIFTFÜHRERIN:**

(gez.) A l l a m o d e